Herr Bartol, stoppen Sie CETA!

Sehr geehrter Herr Bartol,
die Verhandlungen über das Handels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Kanada **(CETA)** sind abgeschlossen. Als Wählerinnen und Wähler des Wahlkreises Marburg – Biedenkopf fordern wir Sie auf, sich gegenüber der Bundesregierung und innerhalb Ihrer Partei gegen die „vorläufige“ Anwendung des Abkommens ohne vorherige Abstimmung in den nationalen Parlamenten auszusprechen sowie für eine Einschätzung des Abkommens als „gemischtes Abkommen“, dem auch die nationalen Parlamente zuzustimmen haben, einzutreten. Des Weiteren fordern wir Sie auf, das Abkommen bei einer Ratifizierung im Bundestag abzulehnen.

Begründung:
Der SPD - Parteikonventsbeschluss vom 20.9.2014, der auf dem SPD - Parteitag im Dezember 2015 noch einmal bestätigt wurde, hat einige aus unserer Perspektive sehr vernünftige Kriterien an das Freihandelsabkommen TTIP formuliert, die natürlich auch für andere Freihandelsabkommen wie CETA gelten müssen. So werden in dem Beschluss Investor - Staats - Schiedsverfahren abgelehnt, Gesetzgebungsverfahren sollen nicht durch Institutionen wie einen Regulierungsrat erschwert werden, die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge muss gewahrt werden, Arbeitnehmer_innenrechte, Verbraucherschutz, Sozial- und Umweltstandards dürfen nicht gefährdet werden und müssen zukünftig auch problemlos ausgeweitet werden können. CETA steht, auch in seiner im Februar 2016 nachverhandelten Form, in vielen Punkten im Konflikt zu diesem Beschluss. Der Handelsgerichtshof eröffnet Sonderklagerechte für ausländische Unternehmen gegenüber Staaten, obwohl diese ihre Anliegen, genauso wie Bürger_innen und inländische Unternehmen, vor ordentlichen nationalen Gerichten verhandeln können. Die Konzeption des Abkommens als ohne demokratische Kontrolle weiter zu entwickelndes „living agreement“ gefährdet nach wie vor Sozial- und Umweltstandards. Ein Regulationsrat beeinflusst zukünftige Gesetzgebungsverfahren durch die Prüfung von Gesetzen auf Beeinträchtigung von Unternehmensinteressen. Die Negativlisten schützen nicht alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Privatisierung und verbieten durch „Stillstand“- und „Sperrklinken“- Klauseln die Rücknahme bereits erfolgter Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen. Aus diesen und weiteren Gründen, die hier nicht alle aufgeführt werden, appellieren wir an Sie: Respektieren Sie den Willen der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler Ihres Wahlkreises sowie den Beschluss des SPD - Parteikonvents und setzen Sie sich innerhalb Ihrer Partei, gegenüber der Bundesregierung und bei einer möglichen Abstimmung im Bundestag gegen eine Verabschiedung des Abkommens ein.

Name	Wohnort	Unterschrift

Ausgefüllte Unterschriftenlisten bitte an:
Attac Marburg c/o Initiative solidarische Welt, am Markt 7, 35037 Marburg